

»Mitmachen oder verweigern?
Es war eine stete Zerreißprobe.«

Roland Jahn

Zur Wahl gehen oder den Studienplatz riskieren?
Den Kontakt zur Tante im Westen abbrechen oder
den beruflichen Aufstieg gefährden? Solchen und
ähnlichen Fragen haben sich viele Menschen in der DDR
stellen müssen. Roland Jahn, selbst ein »Rädchen im
Mechanismus der Diktatur«, bevor er sich verweigerte,
erzählt von den Zumutungen des Alltags in der DDR.
Und er fragt, warum sich so viele den Vorgaben des
SED-Staates angepasst haben. Wie groß war letztlich
der Spielraum, den der Einzelne hatte?

ISBN 978-3-492-05631-1



9 783492 056311

www.piper.de

€ 19,99 [D]
€ 20,60 [A]

ROLAND JAHN

ROLAND JAHN
WIR ANGEPASTEN



PIPER

WIR
ANGEPASTEN
ÜBERLEBEN IN
DER DDR

PIPER

PIPER

tra so verzweifelt, dass sie einen Brief an den Stadtrat für Wohnungswesen schrieb und ihn aufs Amt trug. Ein Gang, der eine Mutprobe war.

Denn dieser Brief war keine Bittstellerei nach den Ritualen der Eingabe – eine Verneigung vor der Partei und den Fortschritten des Sozialismus, bevor man höflich zu umschreiben wagte, was man eventuell noch als Verbesserung vorschlagen könnte. Petra beschrieb ihre Situation im Detail und verlangte die sofortige Zuweisung einer Wohnung, ansonsten wolle sie den bevorstehenden »Kampftag der Werktätigen«, den 1. Mai, dazu nutzen, um auf ihre Situation aufmerksam zu machen.

Den Staat mit so einer Aktion zu bedrängen, dazu gehörte tatsächlich Mut. Aber das Gefühl, als Mutter für das Kind das Beste zu tun, es sich selber zu beweisen, dass man die Kraft dazu hatte, das war die Brücke zur Überwindung der Angst. Hochschwanger zu sein gab ihr die Motivation zum Handeln, aber auch die Hoffnung, dass der Staat nicht so hart reagieren würde. Und siehe da, sie bekam tatsächlich eine kleine Wohnung zugeteilt, wieder mit Außentoilette, aber immerhin mit fließendem Wasser in der Wohnung.

Matz, der gerade vom Grundwehrdienst zurückgekommen war, und ich renovierten die Bude, und wieder stellte sich das Gefühl ein, dass es eben doch auch kleine Spielräume gab, wenn man sich von der Angst nicht gefangen nehmen ließ, dass man als »Dableiber« eben doch auch etwas in Bewegung setzen konnte.

Widersprechen

Der Preis des Handelns

An einem Augustabend 1980 saß ich mit Petra und unserer kleinen Tochter Lina am Abendbrottisch. Um die Kleine nicht zu stören, hatte ich den Kopfhörer ans Radio geklemmt und ihn mir schräg auf den Kopf gesetzt. Ein Ohr war frei, mit dem anderen war ich eingetaucht in die Berichte des RIAS, die ich auf keinen Fall verpassen wollte. In Polen war etwas Ungeheures im Gang: Ein ganzes Volk hatte begonnen zu widersprechen. Lech Walesa, ein Elektriker der Danziger Lenin-Werft, hatte die Arbeiter zum Streik aufgerufen, und schon bald sollte das in eine neue, unabhängige Gewerkschaft münden. »Solidarność«. Es war ein aufregender Moment.

Die Menschen in Polen, Hunderttausende und bald auch Millionen, standen einfach auf und sagten: »Es ist genug. Das Land gehört uns und nicht der Partei.« Sich die Freiheit nehmen – nicht mehr nur als Einzelner, nicht mehr nur als Bittsteller beim Stadtrat für Wohnungswesen oder als Student vor dem Seminarleiter, sondern als ganzes Volk. Dass das möglich war,

dass ein ganzes Volk die Angst verlor, das war unglaublich inspirierend. Für uns, die wir uns bewusst für das »Dableiben« entschieden hatten, war die polnische Gewerkschaftsbewegung die Erfüllung einer geheimen Hoffnung.

Meine Freunde Peter Rösch und Matthias Domaschk waren im Sommer zufällig in Polen im Urlaub gewesen. Die beiden hatten vom Streik gehört, waren neugierig nach Danzig gefahren und hatten sich einige Tage unter die Streikenden gemischt. Völlig euphorisch kehrten sie zurück. Von nun an sprachen wir wochenlang von nichts anderem. In einem Schreibwarenladen in Jena kaufte ich Dutzende von polnischen Papierfähnchen, die ich nicht nur an mein Fahrrad, sondern auch an meinen Spind und an den Gabelstapler im Betrieb steckte. Die Freundschaft mit dem polnischen Volk, mit dem »sozialistischen Bruderland« Polen, war ja eine offizielle und von der Partei gern wiederholte Parole. Aber jetzt, mit dieser unverhofften Entwicklung, wurde das Fähnchen ein Symbol für die Möglichkeit auf Veränderung. Die ganze Hoffnung, die ich an diese Möglichkeit knüpfte, wollte ich sichtbar in meinem Alltag in der DDR dokumentieren.

Im Werk bei Carl Zeiss Jena war von Begeisterung allerdings wenig zu spüren. Die Kollegen schauten mit einem eher mitleidigen Lächeln auf meine Fähnchen. In den staatlichen Medien war von der Entwicklung in Polen kaum etwas und wenn, dann natürlich nichts Positives zu lesen oder zu hören. Zum 31. Oktober 1980, sechs Wochen nach der Gründung der Gewerkschaft, kündigte die DDR-Regierung einseitig den visafreien Reiseverkehr nach Polen und riegelte

die Grenze zum Nachbarland ab. Der »polnische Bazillus« sollte die DDR nicht infizieren. Die Warnung war deutlich. »Wenn das mal gut geht«, sagte mein Vater, wog seinen Kopf bedenklich hin und her und ließ sich zu keiner weiteren Äußerung hinreißen. Ich war enttäuscht. War das alles, was er dazu zu sagen hatte?

Roland Brauckmann lebte 1980 in Hoyerswerda. Der 21-jährige Schriftsetzer engagierte sich in der erstarkenden Friedensbewegung der Kirchen und ihrer offenen Jugendarbeit. 1981 war er Gründungsmitglied der evangelischen Initiative für einen »Sozialen Friedensdienst«. Durch diese Aktivitäten geriet er bald ins Visier der Stasi. Doch es war seine Begeisterung für die Solidarność, die ihn schließlich ins Gefängnis brachte. Im Haftbefehl wurde ihm vorgeworfen, dass er im August 1981 mehrere Schriften und ein Plakat der Gewerkschaft aus Polen »illegal« eingeführt habe. Diese Materialien hätten die »konterrevolutionären Bestrebungen« der Gewerkschaft offenkundig gemacht. Weil Brauckmann die Papiere mit dem roten Schriftzug der Solidarność in seiner Nebenwohnung in Zwickau aufgehängt hatte und sie dort von mehreren Besuchern gesehen worden waren, beschuldigte man ihn, gegen die »staatliche Ordnung« verstoßen zu haben. Strafverschärfend kam hinzu, dass er die Schriften und das Poster auch dann nicht abhängte, als sich die Situation mit der Verhängung des Kriegsrechts im Dezember desselben Jahres noch deutlich verschärfte. Die Solidarność galt nun als eine »konterrevolutionäre Gruppierung«⁴⁰. Roland Brauckmann wurde zu 20 Monaten Haft verurteilt. Seine Unterstützung für die Solidarność hatte der

Stasi endlich den willkommenen Anlass geboten, nach dem sie so lange gesucht hatte.

Dass die Unterstützung der Gewerkschaft Solidarność Menschen in Hoyerswerda, Neustrelitz oder anderswo in der DDR in Haft brachte, haben die Menschen im Land so gut wie nicht erfahren. Die vielen Menschen, die aus politischen Gründen verurteilt und inhaftiert wurden, saßen vom Rest der Gesellschaft weitgehend unbemerkt im Gefängnis. Hätte man von ihnen wissen können? Hätte man von ihnen wissen wollen? Es war schwer, an Informationen zu kommen, die nicht offiziell erwünscht waren. Es gehörte zu den ungeschriebenen Regeln, nicht danach zu fragen. Und wenn man sein eigenes Leben störungsfrei gestalten wollte, hatte man sich an diese Regeln zu halten. Ansonsten war Ärger vorprogrammiert.

Trotzdem gab es immer wieder Menschen, die widersprachen und dafür auch drastische Konsequenzen in Kauf nahmen. Und es gab diejenigen, die die Gängelei nicht mehr aushielten und »ausreisten« oder versuchten, über die Grenze zu flüchten. Die Flüchtenden, die Mauertoten und all jene, die in den Gefängnissen verschwanden, weil sie sich nicht an die politischen Vorgaben halten wollten, sie bildeten den großen blinden Fleck im kollektiven Gedächtnis der DDR. Man fragte lieber nicht nach ihnen. Man sprach lieber nicht über sie. Es hätte Unruhe in das eigene, geregelte Leben bringen können – wenn es einen am Ende nicht sogar selbst mit der Staatsmacht in Konflikt gebracht hätte.

Jörg Drieselmann war schon als Teenager nicht mehr gewillt, sich an die Vorgaben zu halten. »Ich habe als junger Bursche beobachtet, wie Volkspolizis-

ten mitten auf dem Erfurter Bahnhofsvorplatz langhaarigen Männern die Köpfe kahl rasierten. Furchtbare Szenen. Das Reiseverbot, der FDJ-Zwang, nicht alle Bücher lesen zu dürfen – all das ertrug ich einfach nicht.«⁴¹ Drieselmanns Freiheitsdrang ließ sich nicht zähmen, auch nicht durch die Eltern, die beide SED-Mitglieder waren. Er war 14, als er im März 1970 die Begeisterung spürte, die einige Hundert Thüringer Willy Brandt bei seinem Besuch in Erfurt entgegenbrachten. Der »Klassenfeind« stand plötzlich in Sichtweite am Fenster. Und er war für die dort versammelten Menschen ein Held. Die stürmischen »Willy«-Rufe der Menge beglaubigten das. »Da ist etwas gerissen in mir. Das war wie ein schreckhaftes Erwachen.« Die Fragen an einen Staat, der seine Bürger gängele, sie wurden drängend. »Was ist das für ein Land, in dem ich lebe, das mir die Länge meiner Haare vorschreibt, die Form meiner Hosen, die Art der Musik?«⁴² Er begann, lange Haare zu tragen und Jeans und sich unangepasster zu verhalten. Das provozierte die Staatsmacht.

Mit 18 Jahren landete Jörg Drieselmann in der Stasi-U-Haft. Am 13. August 1974 wurde er festgenommen. An jenem Tag hatte er ein zusammengerolltes Blatt Papier dabei, das er mit wenigen Zeilen bemalt hatte. Es waren die Zahlen der Mauertoten seit 1961, schwarz umrahmt wie eine Todesanzeige. Drieselmann hatte am Vorabend eine Dokumentation im ZDF gesehen, die an die 164 Männer und Frauen erinnerte, die seit 1961 an der innerdeutschen Grenze und der Mauer zu Tode kamen. Die Zahlen hatten ihn stark berührt und klangen für ihn besonders schrecklich, weil er erst kurz zuvor in seiner Familie einen Todesfall erlebt

hatte. »All die vielen Familien, die dort um ihre Verwandten trauerten, die so unnötig an der Mauer starben. Das hatte für mich plötzlich eine ganz konkrete Bedeutung.« So entstand die Idee für das Plakat. Er wollte die Zahl im Betrieb an das Schwarze Brett hängen. Keiner sollte so tun, als sei das alles nicht geschehen.

Aber einer seiner Arbeitskollegen meldete das Plakat, noch bevor er es aufhängen konnte, und die Stasi nahm Drieselmann fest. Der Kollege war kein inoffizieller Mitarbeiter der Staatssicherheit, arbeitete dieser aber in die Hände. Denn wie so oft war auch dieses Plakat letztlich nur der Anlass in einer länger angelegten Aktion. Als »Rädelsführer einer staatsfeindlichen Gruppierung« wurde Drieselmann nach langen Monaten in der Stasi-U-Haft im Frühjahr 1975 zu vier Jahren und drei Monaten verurteilt. Zwei Jahre saß er insgesamt im Gefängnis, bis er in den Westen freigekauft wurde. Jörg Drieselmann war einer von über 33 000 freigekauften politischen Häftlingen in der DDR.

Im Juni 1979 wurde das Strafgesetzbuch der DDR überarbeitet, wobei viele der politischen Strafparagrafen weiter verschärft wurden. Widerspruch anzumelden, ihn so anzumelden, dass er nicht mit den Gumpiparagrafen eingefangen werden konnte, wurde immer schwieriger. Jede kritische Äußerung konnte nach § 220 als »öffentliche Herabwürdigung« gewertet werden, mit einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren. Jedes Telefonat mit Verwandten oder Freunden im Westen konnte nach § 219 als »ungesetzliche Verbindungsaufnahme« mit bis zu fünf Jahren Freiheitsstrafe geahndet werden. Ich habe mir damals das

neue Strafgesetzbuch gekauft, wie immer auf der Suche nach den Lücken, die uns Spielraum ermöglichen könnten. Immer noch war ich der Überzeugung, dass sich der Staat zumindest an seine eigenen Gesetze halten musste. Aber die neuen Strafrechtsnormen waren ernüchternd. Ihr Drohpotenzial war enorm, weil sie immer stärker normale Verhaltensweisen kriminalisierten. Unser Spielraum war jetzt noch kleiner geworden. Protestiert haben wir nicht, nicht mal mit einer Eingabe an den Staatsratsvorsitzenden – und öffentlich schon gar nicht. Aber logisch ist auch, dass so eine Eingabe eine exzellente Möglichkeit gewesen wäre, die Anwendung dieser neuen Gesetze zu testen.

Mittlerweile war ich schon über zwei Jahre weg von der Uni. Immer noch war es ein Ziel, das Studium zu beenden. Eigentlich hatte ich mich ganz gut eingerichtet, als Arbeiter bei Zeiss, und ich genoss die relative Freiheit, die der Job mir bot. Aber sonntags am Mittagstisch bei meinen Eltern, wenn ich sie mit meiner Freundin und unserer kleinen Tochter besuchte, begann immer die gleiche Leier. »Jetzt, wo ihr eine Familie seid, musst du dich um deine berufliche Zukunft kümmern. Du musst doch mal vorwärtskommen«, sagte meine Mutter. Und mein Vater konnte es sich nicht verkneifen, mich zu fragen, ob ich auf ewig ein »Hilfsarbeiter mit Abitur« sein wolle. Es begann eine erneute Runde in dem Bemühen, mein Studium wieder aufzunehmen. Auch ich hatte das Gefühl, dass ich beruflich noch andere Herausforderungen brauchte und dass die Uni dazu ein Türöffner sein konnte. Mein Vater bot mir an, im Betrieb für eine Beurteilung ein gutes Wort einzulegen.

In schriftlicher Form bestätigte mir der Betriebsleiter, dass ich inzwischen »sowohl fachlich als auch gesellschaftlich progressiv in Erscheinung«⁴³ getreten sei. Damit konnte ich mich sehen lassen. Mit dieser Beurteilung wandte ich mich an die Uni-Leitung und bewarb mich um eine Wiederezulassung. Professor Schützenmeister ließ mich daraufhin zum persönlichen Gespräch bitten. Wie ich denn heute zu den Ereignissen stünde, die zu meiner Exmatrikulation geführt hätten? Ich versicherte, dass ich nach wie vor nicht der Meinung sei, dass mein Rauswurf gerechtfertigt war. »Für eine Wiederezulassung zum Studium ist es allerdings unverzichtbar, dass Sie einsichtig sind. Dass Sie sich von Ihrem Fehlverhalten distanzieren«, sagte er. Das allerdings kam für mich nicht infrage. Ich wollte meine Chance auf eine berufliche Zukunft, aber abschwören wollte ich nicht. Mein Rauswurf war nicht rechtens, dahinter konnte ich nicht zurück. Und so schrieb ich dem Prorektor:

»Das gegen mich durchgeführte Disziplinarverfahren hatte keine rechtliche Grundlage. Es ist sehr bedauerlich, daß Sie die Verfassung der DDR nicht kennen. Aus diesem Grunde möchte ich Ihnen ein Exemplar der Verfassung der DDR zuschicken und Sie auf die Artikel 25 und 27 hinweisen ›Recht auf Bildung‹, ›Recht auf Meinungsfreiheit‹.«⁴⁴

Diese Art von Auseinandersetzung hätte ich noch lange weiterführen können, wenn sich nicht etwas ereignet hätte, das nicht nur mein Leben, sondern auch das aller unserer Freunde in Jena veränderte.

Am 10. April 1981, einem Freitagnachmittag, waren meine Freunde Peter und Matz mit dem Zug unterwegs nach Berlin. Sie wollten dort zu einer Geburtstagsfeier an den Prenzlauer Berg. In Berlin fand an diesem Wochenende der X. Parteitag der SED statt, und alle »Sicherheitsorgane« hatten die Order, jeden Anschein von Störung zu verhindern. Meine beiden Freunde wurden aus dem Zug geholt und nach Gera in die Stasi-U-Haft verfrachtet. Sie wurden stundenlangen Verhören unterzogen, schliefen kaum. Immer wieder wurden sie aufgefordert, über ihre Freunde zu erzählen, über ihre Ansichten zur DDR, ihre Kontakte in die Bundesrepublik.

Am Ende dieser Tortur, am Sonntagmittag, den 12. April 1981, wurde Matz tot in seiner Zelle aufgefunden. Die Stasi sagte, er habe sich erhängt. Bis heute sind die Umstände nicht hundertprozentig geklärt. Tatsache ist, er kam als lebendiger junger Mann von 23 Jahren in die Stasi-Haft und verließ sie als toter.

Das war für uns alle ein Schock. Die Auseinandersetzung mit diesem Staat, sie war für einen von uns nun tödlich geworden. Der Tod von Matthias Domaschk war für mich Einschüchterung und Ansporn zugleich. Meine Reaktion hieß: keine faulen Kompromisse mehr. Jetzt wollte ich gegen die Angst kämpfen. Erleichtert hat diese Entscheidung sicherlich, dass mein Vater ein halbes Jahr zuvor frühpensioniert worden war. Ich musste nun nicht mehr auf seine Stellung beim VEB Carl Zeiss Jena Rücksicht nehmen.

Bei der Lokalzeitung *Volkswacht* gab ich die Todesanzeige für Matz auf. »Wir werden nicht vergessen!«, stand in großer Schrift darüber. Die Anzeige wurde

nicht gedruckt. Mit Freunden aus dem Westen, trafen wir uns an der Transitstrecke nach West-Berlin. Wir erzählten ihnen von Matz' Tod. Die Nachricht verbreitete sich. Thomas Auerbach und Jürgen Fuchs in West-Berlin informierten Medien, und der RIAS berichtete. Der Tod unseres Freundes Matz in der Stasi-U-Haft, er war nun nicht mehr aus der Welt zu schaffen.

Ein Jahr später, zum ersten Todestag, wollten wir etwas tun. Petra, Manfred, der ein Schulfreund von Matz gewesen war, und ich. Flugblätter drucken war zu gefährlich. Und so hatte ich die Idee, einen regulären Weg zu nutzen. Es noch einmal mit einer Todesanzeige, gedruckt in der Jenaer SED-Parteizeitung *Volkswacht*, zu probieren. Wenn ich dann Dutzende Exemplare aufkaufen würde, hätte ich genug kleine Zettel, die ich in der Stadt an Lichtmasten und Eingangs-türen kleben konnte. Matz' Tod sollte ins Auge fallen, und die Leute sollten sich fragen, wer das ist. So würde er deutlicher auffallen als unter einer Reihe von Todesanzeigen in der Zeitung. Ich ging zur Anzeigenannahme der *Volkswacht* und gab den folgenden Text in Auftrag: »Wir gedenken unseres Freundes Matthias Domaschk, der im 24. Jahr aus dem Leben gerissen wurde. Manfred, Petra und Roland«. Die Anzeige wurde angenommen und gedruckt, ein paar Tage vor dem eigentlichen Jahrestag. Damit war der Plan unsetzbar.

Ich kaufte so viele Exemplare an den Zeitungskiosken der Stadt, wie ich nur ergattern konnte. Eine Freundin, die Postbotin war, zweigte fünf Dutzend Exemplare aus ihrem üblichen Verteilersortiment ab. »Irgendeine Ausrede wird mir schon einfallen, wenn es Beschwerden gibt«, sagte sie. Ich war ihr dankbar, dass

sie Ärger riskierte. Petra und ich schnitten die Anzeigen aus, ungefähr 80 Zettel lagen vor uns auf einem Stapel, dazu ein Eimer Leim und ein Pinsel.

In den frühen Morgenstunden des 12. April mischte ich mich unter die Menschen, die zur Frühschicht gingen. Ich wusste, dass diese Aktion nicht ohne Gefahren war. Petra und unsere fast dreijährige Tochter lagen noch im Bett. Würde ich sie heute wiedersehen? Wir hatten am Abend vorher ausführlich diskutiert. Was machten wir hier? War es das wert, eine Festnahme, vielleicht Gefängnis? Der Druck und die Schikanen, die das auslösten? Doch Petra war entschlossen, alles auszuhalten. »Das sind wir Matz schuldig. Es geht doch nicht, dass die damit durchkommen, das Geschehene, Matz' Tod, zu verschweigen. Wir schaffen das schon.« Sie bestärkte mich in meinem Vorsatz, die Angst zu überwinden. Ich verließ das Haus mit meiner Arbeitstasche in der Hand, und es gelang mir, un bemerkt von Polizei und Stasi, alle 80 Zettel anzukleben.

Am Tag nach der Aktion wurde ich von der Arbeit abgeholt und zur Volkspolizei gebracht. Da ich die Anzeige aufgegeben hatte, war ich logischerweise auch verdächtig, die Anzeigen in der Stadt geklebt zu haben. Sie bombardierten mich mit Fragen. Ich beantwortete keine einzige. »Alles, was du sagst, können sie gegen dich verwenden.« Das hatte Jürgen Fuchs in seinem Buch *Vernehmungsprotokolle* geschrieben. Für viele, und nun auch für mich, war dieser Rat der Rettungsring. Nach einer langen Nacht ohne Schlaf in Polizeigewahrsam kam ich am nächsten Morgen wieder frei. Ich war erleichtert und doch auch beunruhigt. Wir hatten unseren Widerspruch angemeldet. Aber es war

zu spüren, dass die Staatsmacht das nicht hinnehmen wollte.

Die Diskussion um die Kernfrage »Bleiben oder gehen?« intensivierte sich. Lohnte es sich wirklich, so viel aufs Spiel zu setzen, um ein Stückchen Freiheit zu eringen? Peter Rösch hatte die Auseinandersetzung mit der Staatsmacht satt. Er hatte einen Ausreiseantrag gestellt. Im Mai 1982 verließ er die DDR in Richtung West-Berlin. Siegfried Reiprich hatte im Jahr zuvor das Land verlassen, es war seine Reaktion auf den Tod von Matz. Und nicht nur seine. Etliche andere waren mit ihm gegangen.

Als ich im September 1982 selbst in Stasi-U-Haft genommen wurde, war Petra außer sich. Sie wollte etwas tun, sie wollte sich nicht unterkriegen lassen. So wie sie nach Matz' Tod die Wirkung der Nachricht darüber im Westen erlebt hatte, so wollte sie auch meine Festnahme publik machen, um die Folgen einzudämmen. Kontaktaufnahme mit einem westlichen Korrespondenten war ein Straftatbestand. Doch sie ließ sich nicht beirren. Sie traf sich mit einem Journalisten des *Stern*. Über Lutz Rathenow in Ost-Berlin wurde Jürgen Fuchs in West-Berlin informiert. Und bald gab es Nachrichten über meine Inhaftierung in der Stasi-U-Haft in den Westmedien. Petra gab das Kraft, denn direkter Kontakt zu mir war ihr nicht erlaubt. Nur meine Mutter ließ man vor.

Als sie Petra nach einem Besuch bei mir im Knast traf, musste meine Freundin sich heftige Vorwürfe anhören. »Wie könnt ihr nur so leichtsinnig sein. Dass du überall rumfährst und über Roland erzählst und das dann im West-Radio vorkommt. Das ist doch viel zu ge-

fährlich. Was, wenn sie dich auch einsperren?«, sagte sie. Auch meine Schwester konnte ihre Entrüstung nicht verbergen. »Wie könnt ihr nur so rücksichtslos sein und nur eure politischen Ideen verfolgen. Ihr müsst doch an euer Kind denken!« »Genau deshalb tun wir das doch«, entgegnete ihr Petra. »Ich will nicht, dass mein Kind so leben muss, wie dieser Staat es uns aufzwingt. Dafür müssen wir doch etwas tun.« Mussten wir das wirklich?

Die Kosten für den Widerspruch – sie waren beträchtlich. Für einen selbst und für die Menschen, die einem viel bedeuteten. Aus dem Dilemma kam niemand sauber raus. Das Engagement für Meinungsfreiheit und Selbstbestimmung war bedroht mit kleinen Nachteilen bis hin zu Karriereverlust und schließlich Gefängnis. Die Folgen für die Lebenspartner, Eltern, Geschwister und Kinder, sie waren unweigerlich. Wie sollte man sich da entscheiden? Und wer kann verlangen, dass man sich in die eine oder andere Richtung entscheiden muss? Widersprechen oder anpassen?

Die Befürchtung meiner Mutter trat ein. Im Januar 1983 wurde auch Petra festgenommen, unter dem Vorwand der »ungesetzlichen Verbindungsaufnahme«. Mit ihrem Einsatz hatte Petra die Berichterstattung in den West-Medien angestoßen, die bald ein breites Echo hervorrufen sollte. Die DDR-Führung reagierte auf die internationalen Proteste aufgrund der Berichterstattung. Ende Februar wurden wir alle, mittlerweile 14 Männer und Frauen aus Jena, nach U-Haft und zwei Verurteilungen freigelassen.

Bleiben oder gehen? Immer stärker wurde diese Frage zu einer Qual. Je mehr der Staat sein wahres Ge-

sicht zeigte, desto weniger Gründe gab es, zu bleiben. Aber alle Verbindungen zu kappen, zu Eltern, Freunden, der Heimat, einfach alles hinter sich zu lassen, ohne Aussicht auf baldige Rückkehr, das war ein Riesenschritt. Der Stasi war das bewusst. Im Zuge ihrer Strategie zur »Zerschlagung« der Jenaer Oppositionsszene nutzte sie den Moment und machte für viele den Weg frei zur Ausreise. Im Mai 1983 verließen erneut zahlreiche meiner Freunde die DDR. Auch Petra war entschlossen auszureisen. Die Schikanen, Verhöre, Nachstellungen, das alles war ihr zu viel geworden. Sie wollte einfach nicht mehr in einem Land leben, in dem es von der Gnade der Stasi abhing, ob sie »frei rumlaufen kann oder nicht«. Dass sie dafür ihre Mutter allein lassen musste, brach ihr fast das Herz.

In der Haft hatte auch ich, nach der Verurteilung zu 22 Monaten Gefängnis, beraten durch meinen Rechtsanwalt, einen Antrag auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft unterschrieben. Der Anwalt Wolfgang Schnur wurde nach dem Fall der Mauer als inoffizieller Mitarbeiter der Stasi enttarnt. Doch dann wurde ich wenige Wochen nach Antritt der Strafe überraschend in die DDR entlassen. Ich erlebte das als einen Triumph.

Sofort nach meiner Entlassung erklärte ich den Antrag, den ich im Gefängnis geschrieben hatte, beim Rat der Stadt/Abteilung Inneres für null und nichtig. Ich wollte in meiner Heimat bleiben und selbst entscheiden, wo ich lebe. Aber das ließ die Stasi nicht zu. In einer groß angelegten Aktion nahm sie mich fest, brachte mich zum Grenzbahnhof Probstzella und warf mich mitten in der Nacht in den Zug nach Bayern und verschloss die Tür. Am 8. Juni 1983 kam ich in der Bun-

desrepublik an. »Erstmals junger Deutscher mit Gewalt aus der Heimat gebracht«, titelte die West-Berliner Tageszeitung B.Z. am nächsten Tag.

Die Folgen meines Widersprechens trafen mich hart. Und nach meinem Rauswurf trat das ein, wovor ich mich immer gefürchtet hatte und was ich immer hatte verhindern wollen. Andere mussten für mein Verhalten bezahlen. Mein Vater, der als Jugendlicher von einer Fußballerkarriere geträumt hatte, hatte sich wegen seiner Kriegsverletzung seinen Jugendtraum nur indirekt erfüllt. Er hatte beim FC Carl Zeiss Jena die Jugendabteilung aufgebaut und vielen jungen Talenten zum Durchbruch auf dem grünen Rasen verholfen. Der Verein, das war sein Lebenswerk, mehr noch als die Leistungen, auf die er im Betrieb stolz war. Am 9. Juni 1983, gerade mal einen Tag nach meinem Rauswurf, wurde mein Vater Walter Jahn aus dem Verein ausgeschlossen, für den er sich jahrzehntelang ehrenamtlich engagiert hatte. Seine Ehrenmitgliedschaft, die man ihm für seine Verdienste um den Verein verliehen hatte, wurde ihm aberkannt, sein Stammplatz auf der Ehrentribüne im Stadion war ihm versperrt. Alle Vereinsunterlagen musste er zurückgeben. Meine Eltern, sie wurden ausgegrenzt.

Meine Mutter erzählte mir später am Telefon von Jena nach West-Berlin von den vielen kleinen Alltagsveränderungen. Von Nachbarn, die seit meinem Rauswurf aus der DDR die Straßenseite wechselten, aber auch von Menschen, die sie plötzlich bewusst und ausdrücklich grüßten. Davon erzählte sie sogar mit einem Anflug von Stolz. Das Verhältnis zum Staat aber hatte sich komplett gewandelt. Erst als sie ihren eige-

nen Sohn einsperrten, wurde meiner Mutter klar, dass es Willkür war und die Gesetze nichts galten. Als sie mich dann sogar aussperrten, wurde ihr auch klar, wie weit der Staat bereit war zu gehen in seiner Menschenverachtung. »Man hat uns unseren Sohn gestohlen«, sagte sie mir immer wieder am Telefon. Diesen Satz werde ich nicht vergessen.

Und nach 37 Jahren beschlossen meine Eltern zum ersten Mal, der Volkskammerwahl vom 8. Juni 1986 fernzubleiben. Diesem Staat wollten sie keinen Gefallen mehr tun.

Erinnern

Bekanntnis zur Biografie

Kürzlich saßen in Erfurt, bei einer Veranstaltung in der Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße in der ehemaligen Stasi-U-Haft, drei Männer auf dem Podium, die zu DDR-Zeiten sehr unterschiedliche Wege gegangen sind. Vielleicht wären sie vor Kurzem noch in die Schubladen Täter-Opfer-Mitläufer einsortiert worden, vielleicht wäre bis vor Kurzem noch nicht jeder von den dreien zu einem Treffen bereit gewesen.

Einer von ihnen war ich. Meine Rolle an diesem Abend sollte die des politisch Verfolgten sein. Tatsächlich hatte ich selbst ein großes Interesse daran, mich mit den beiden anderen an einen Tisch zu setzen. Mit einem ehemaligen Stasioffizier und einem Historiker, der an der Akademie der Wissenschaften der DDR geforscht hatte. Wir wollten ein offenes Gespräch führen jenseits der klaren Rollenbilder, die uns anhafteten. Ein Gespräch über die Vergangenheit, über unser Leben in der DDR.

Bernd Roth, der Stasioffizier, Jahrgang 1951, und ich, der politisch Verfolgte, Jahrgang 1953, wären uns